

MARKTGEMEINDE PRAD AM STILFSERJOCH

AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL

I-39026 PRAD AM STILFSERJOCH – Kreuzweg 3

Tel.: 0473 616064 – Fax 0473 616722

E-mail: info@gemeinde.prad.bz.it

PEC: prad.prato@legalmail.it

Internet: www.gemeinde.prad.bz.it

**COMUNE DI PRATO ALLO STELVIO**

PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO – ALTO ADIGE

I-39026 PRATO ALLO STELVIO – Via Croce 3

Tel.: 0473 616064 – Fax 0473 616722

E-mail: info@comune.prato.bz.it

PEC: prad.prato@legalmail.it

Internet: www.comune.prato.bz.it

Steuernummer 82005370216 – MwSt.-Nr. 00575500210 –

Ämterkodex: Uff_eFatturaPA - UFLBAY

Cod. Fisc. 82005370216 – P.IVA 00575500210

Codice univoco ufficio: Uff_eFatturaPA - UFLBAY

**ANPASSUNG DER FRIEDHOFS-
ORDNUNG AN DIE
LANDESBESTIMMUNGEN ZUR
FEUERBESTATTUNG.**

**ADATTAMENTO DEL REGOLA-
MENTO CIMITERIALE ALLE
DISPOSIZIONI PROVINCIALI IN
MATERIA DI CREMAZIONE.**

Integrierender Bestandteil zum Be-
schluss des Gemeinderates Nr. 07
vom 02.02.2015

Parte integrante della deliberazione
del Consiglio comunale n. 07 del
02.02.2015

DER GEMEINDESEKRETÄR - IL SEGRETARIO COM.LE
Kurt Warger

DER BÜRGERMEISTER - IL SINDACO
Dr. Hubert Pinggera

MARKTGEMEINDE PRAD AM STILFSERJOCH

Autonome Provinz Bozen-Südtirol

FRIEDHOFSORDNUNG FÜR DEN GEMEINDEFRIEDHOF VON PRAD AM STILFSERJOCH UND FÜR DEN PFARRFRIEDHOF VON AGUMS

Einführung

Der Friedhof gehört zum Dorfbild, wie das Sterben zum Leben gehört. Er spiegelt nicht nur die Ehrfurcht und die Liebe der Hinterbliebenen wider, sondern ist auch Zeugnis für die Kultur und Religiosität der ganzen Dorfgemeinschaft. In diesem Sinne ist eine würdevolle Gestaltung und ordentliche und einheitliche Verwaltung des Friedhofes eine kulturelle Aufgabe, deren Umsetzung sich diese Friedhofsordnung zum Ziel gesetzt hat.

Vorliegende Verordnung wurde in Beachtung der Bestimmungen des Art. 344 des E.T. der Sanitätsgesetze sowie der Verordnung über den Leichenbestattungsdienst, genehmigt mit D.P.R. vom 10.09.1990 Nr. 285 erlassen.

Artikel 1: Allgemeine Bestimmungen

- a) Diese Verordnung regelt die Führung und Verwaltung folgender Friedhöfe:
 - Gemeindefriedhof von Prad, bestehend aus der G.P. 3205, K.G. Prad, Eigentum der Marktgemeinde Prad am Stilfserjoch;
 - Pfarrfriedhof von Agums, bestehend aus der G.P. 2374, K.G. Prad, Eigentum der Pfarrei „Maria Königin“.
- b) Einheitliche Verwaltung für beide Friedhöfe:
Aufgrund des mit der Pfarrei „Maria Königin“ abgeschlossenen Leihvertrages wird der Pfarrfriedhof von Agums der Gemeindeverwaltung von Prad am Stilfserjoch zur Verfügung, Nutzung und Verwaltung für die Dauer des Leihvertrages überlassen. Demzufolge hat vorliegende Verordnung für beide Friedhöfe Gültigkeit und Anwendung.

Artikel 2: Führung und Verwaltung

- a) Die Friedhofs- und Leichenbestattungsdienste fallen in die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeindeverwaltung. Die entsprechenden Befugnisse werden vom Bürgermeister wahrgenommen vorbehaltlich der Maßnahmen, die aufgrund der einschlägigen, geltenden Gesetzesbestimmungen ausdrücklich dem Gemeinderat, dem Gemeindeausschuss, dem Landesausschuss bzw. Landeshauptmann oder den Sanitätsbehörden vorbehalten sind.
Dem Bürgermeister bzw. dem von ihm beauftragten Gemeindereferenten oder Gemeinderat obliegen für beide Friedhöfe: Grabzuweisung und Konzessionserteilung, Führung des Gräberverzeichnisses und der Friedhofspläne, die Graböffnung (Totengräberdienst) sowie das Einheben der Konzessions- und der Jahresgebühren für die allgemeinen Friedhofsdienste.
- b) Die Marktgemeinde Prad am Stilfserjoch übernimmt weiters die Führung und sanitäre Überwachung der Friedhöfe, die allgemeine Friedhofswartung und die Pflege der Gemeinschaftsflächen, die Abfallentsorgung sowie die Reinigung der im Zuge der Umgestaltung der beiden Friedhöfe neu zu errichtenden Sanitäreanlagen.

- c) Für die Instandhaltung der Baulichkeiten, die zu den Friedhöfen gehören, sind die jeweiligen Eigentümer verantwortlich.
- d) Der Sprengelhygienearzt überwacht und kontrolliert, im Auftrag und Vertretung des Leiters des zuständigen Sanitätsbetriebes, die Friedhofdienste und schlägt dem Bürgermeister die notwendigen Maßnahmen vor, um einen ordnungsgemäßen Dienst zu gewährleisten.

Artikel 3: Friedhofskommission

- a) Die Friedhofskommission besteht aus fünf Mitgliedern:
 - dem Ortspfarrer als gesetzlichem Vertreter der Pfarrei „Maria Königin“ von Amts wegen
 - drei Vertretern des Gemeinderates
 - einem Vertreter des Pfarrgemeinderates
 Weitere Mitglieder können kooptiert werden.
 Den Vorsitz übernimmt ein intern ernanntes Mitglied der Friedhofskommission.
- b) Die Friedhofskommission wird vom Gemeinderat eingesetzt. Ihre Amtszeit läuft mit der Amtsperiode des Gemeinderates aus; sie bleibt jedenfalls so lange im Amt, bis die Neubesetzung erfolgt ist. Das Mitglied des Pfarrgemeinderates wird fallweise nach dessen Neuwahl ergänzt. Die Tätigkeit der Kommission ist ehrenamtlich.
- c) Aufgaben der Friedhofskommission: Die eingesetzte Kommission unterstützt die Gemeindeverwaltung beratend bei der Führung und Verwaltung der Friedhöfe und beschäftigt sich mit Fragen der Friedhofs- und Grabgestaltungen. Die Friedhofskommission ist zuständig für die Genehmigungen bei Errichtung und Abänderung von Grabmalen und hat für die Überwachung der Pflege von Friedhof und Gräbern und die Einhaltung der Friedhofsordnung Sorge zu tragen, wobei der Bürgermeister für die Erhaltung, die Ordnung und sanitäre Aufsicht des Friedhofes im Sinne des Art. 51 des D.P.R. Nr. 285 vom 10.9.1990, verantwortlich bleibt. Die Kommission kann, wenn nötig, in Fragen der künstlerischen Gestaltung Fachleute beiziehen.
- d) Die Sitzungen der Friedhofskommission sind gültig, wenn mindestens die Hälfte plus 1 der amtierenden Mitglieder anwesend sind. Sie entscheidet mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
- e) Die Friedhofskommission ist zur regelmäßigen Berichterstattung dem Gemeinderat sowie dem Pfarrgemeinderat gegenüber verpflichtet.

Artikel 4: Aufsichtsdienste – Friedhofswart

Der Gemeindeverwaltung obliegen die Aufsichtsdienste über beide Friedhöfe. Der Gemeindevorstand ernennt unter den Gemeindearbeitern einen Verantwortlichen für die Aufsichtsdienste über die Friedhöfe. Dieser hat die Funktion eines Friedhofswartes und wird dabei von der Friedhofskommission beraten und unterstützt. Im Besonderen obliegen dem Friedhofswart die in den Artikeln 52 und 53 des Totenpolizeireglementes, genehmigt mit D.P.R. 285/1990, vorgeschriebenen Aufgaben; die Koordinierung und Überwachung der Friedhofsdienste (wie Öffnen und Zuschütten der Grabstätte), des Leichentransportdienstes durch Dritte, die Beaufsichtigung der für die Durchführung der Friedhofsdienste eingesetzten Arbeiter. Weiters beaufsichtigt er die Beachtung und Einhaltung dieser Verordnung und erstattet Anzeige an den Bürgermeister über allfällige Übertretungen.

Artikel 5: Leichenhalle, Friedhofskapelle

Als allgemeiner Aufbahrungsort und Leichenhalle – bzw. Leichenbeobachtungshalle gemäß Art. 11 und 12 des Totenpolizeireglements dient der Verabschiedungsraum in der Pfarrkirche „Maria Königin“.

Für die Leichenbeschau gemäß Art. 13 des Totenpolizeireglements wird die Leichenbeobachtungshalle im Bezirkskrankenhaus von Schlanders benutzt.

Artikel 6: Leichentransport

Im Rahmen der dem Bürgermeister übertragenen Zuständigkeit regelt er mit eigener Maßnahme die Modalitäten, die Uhrzeit und die erlaubten Strecken für die Leichentransporte. Der Bürgermeister sorgt dafür, dass die Durchführung der Leichentransporte unter Beachtung der einschlägigen, geltenden Bestimmungen (Kap. IV, Artikel 16 bis 36 D.P.R. 285/1990) erfolgt.

Da die Marktgemeinde Prad am Stilfserjoch über keinen eigenen Leichentransportdienst verfügt, müssen dieselben Dienste über ein eigenes, privates Leichentransportunternehmen, welches über die geeigneten Fahrzeuge verfügt, entweder im Auftrag der Gemeindeverwaltung, mit dem Vorbehalt der Spesenabwälzung zu Lasten der verpflichteten Hinterbliebenen, oder zu Lasten der Gemeinde bei kostenlosen Transporten, oder im Auftrag der privaten Hinterbliebenen des Verstorbenen durchgeführt werden.

Artikel 7: Ossarium (Beinhaus)

Auf beiden Friedhöfen ist ein Beinhaus im Sinne und für die Funktionen lt. Art. 67 der Totenpolizeidienstordnung D.P.R. 285/1990 vorhanden. Dort werden die bei normaler Exhumierung oder bei Wiederausgrabung aufgefundenen Gebeine aufbewahrt.

Artikel 8: Art der Bestattung

Die Beisetzung in den Friedhöfen von Prad und Agums erfolgt ausschließlich durch Bestattung in der Erde, unter Verwendung von Särgen aus zugelassenen biologisch abbaubaren Materialien. Die Urnen werden auf beiden Friedhöfen in eigene Urnenwände beigesetzt.

Ausnahmsweise kann der Bürgermeister die Beerdigung der Urnen ermächtigen. Diesbezüglich wird auf die Artikel 11 und folgende dieser Verordnung verwiesen.

Beschaffenheit der Särge und der Behälter für die Asche

1. Die Särge und deren Ausstattung dürfen nur aus biologisch abbaubaren Materialien bestehen. Die verwendeten Holzarten dürfen nur einheimische Weichhölzer sein, aber nicht Lärche. Sie müssen unbehandelt verarbeitet werden. Für die Beisetzung in Nischengräbern ist die Verwendung des doppelten Sarges im Sinne von Art. 77 des D.P.R. vom 10.09.1990, Nr. 285 Pflicht.
2. Die Urnen, in denen die Asche aufbewahrt werden soll, bestehen aus widerstandsfähigem Material. Sie müssen versiegelt werden und außen mit dem Vor- und Zunamen sowie Geburts- und Todestag der verstorbenen Person versehen sein.
3. In jenen Fällen, in denen die Asche in einem Gefäß in der Erde bestattet werden soll, muss dieses Behältnis aus biologisch abbaubaren Material bestehen.

Art. 9: Einäscherung

Die Marktgemeinde Prad am Stilfserjoch verfügt über kein Krematorium; daher können alle Bürger, die in der Provinz Bozen ansässig sind, das Krematorium des Stadtfriedhofes Bozen – unter Einhaltung der vom zuständigen Amt für Gesundheitswesen der Stadt Bozen erlassenen Benutzungsbedingungen und Tarife – in Anspruch nehmen.

Die Einäscherung muss vom Bürgermeister aufgrund der vom Verstorbenen testamentarisch festgelegten Willensäußerung ermächtigt werden. Bei Fehlen einer testamentarischen Verfügung muss der Ehepartner und, bei Fehlen desselben, der nächste Anverwandte im Sinne der Art. 74 und ff. des BGB bzw. bei mehreren Gleichberechtigten desselben Grades, alle zusammen, den diesbezüglichen Antrag, mit amtlicher Beglaubigung der Unterschrift, stellen.

Bezüglich der weiteren Verfahrensweise sowie der notwendigen Bescheinigungen und Ermächtigungen wird auf den Art. 79 des D.P.R. Nr. 285/1990 verwiesen.

Für die Bestattung in den Urnenwänden sind folgende Höchstausmaße der Urnen zugelassen:

H x B x T: 15 x 15 x 30 cm

Die Urnen müssen aus Zink oder anderen als geeignet anerkannten Materialien bestehen.

Art. 10: Exhumierung

Die Mindestzeit für die ordentliche Exhumierung ist mit zehn Jahren festgelegt. Die Einzelheiten hierfür werden vom Bürgermeister mit eigener Maßnahme geregelt.

Während der Exhumierung von Leichen ist der Zugang zu den Friedhöfen nur für Ermächtigte möglich. Bezüglich der außerordentlichen Exhumierung wird auf die Artikel 83 und ff. des D.P.R. 285/1990 verwiesen.

Exhumierungen - Ausbettungen

1. Die planmäßige Exhumierung bzw. Ausbettung, nach Ablauf der Ruhefrist oder durch Auflösen der Grabstätte, ist unentgeltlich.
2. Im Falle der erneuten Erdbestattung der sterblichen Überreste müssen diese mit Mitteln behandelt werden, die den Verwesungsprozess fördern. Diese Mittel müssen sowohl direkt auf die Überreste als auch auf die Erde rund um den organisch abbaubaren Behälter versprüht werden. Die genannten Mittel müssen ungiftig und unschädlich sein, und dürfen keinesfalls zu irgendeiner Verseuchung des Bodens oder des Grundwasserspiegels führen.

Artikel 11: Zulassung zur Beerdigung - Bestattungsrecht

Zur Beerdigung in den Friedhöfen von Prad und Agums werden die Leichen folgender Personen zugelassen:

- a) die Leichen von Personen, die im Gemeindegebiet von Prad am Stilfserjoch verstorben sind, unabhängig von ihrem Wohnsitz zu Lebzeiten.
- b) die Leichen von Personen, welche außerhalb des Gemeindegebietes gestorben sind, aber den Wohnsitz zu Lebzeiten im Gemeindegebiet hatten;
- c) die Leichen von Personen, welche zu Lebzeiten nicht in der Gemeinde ansässig waren und außerhalb des Gemeindegebietes gestorben sind, in der Gemeinde jedoch ein Anrecht auf Bestattung in einem vorhandenen Privatgrab/Familiengrab haben;
- d) Totgeborene und Frühgeburten im Sinne des Art. 7 des D.P.R. Nr. 285 vom 10.09.1990
- e) die sterblichen Überreste der oben angeführten Personen.

Über die Zulassung von weiteren Beerdigungen, außer den angeführten Fällen, entscheidet von Fall zu Fall der Bürgermeister mit Unterstützung durch die Friedhofscommission.

Anrecht auf Beisetzung

1. Das Bestattungsrecht ist ein nicht verfügbares Recht. Es kann also nicht Gegenstand von Rechtsgeschäften, wie etwa Kauf, Tausch, Schenkung, Abtretung oder Pacht sein. Die Zuweisung einer Grabstätte erfolgt ausschließlich durch die Friedhofsverwaltung.
2. Für die Leichen bzw. für Urnen oder Aschengefäße mit der Asche der folgenden Personen besteht, gemäß den Bestimmungen der Totenpolizeiordnung, das Anrecht auf Beisetzung im Friedhof:
 - a) Personen, die im Gebiet dieser Gemeinde verstorben sind;
 - b) Personen mit Wohnsitz in dieser Gemeinde;
 - c) Personen, die Anrecht auf die Bestattung in einem bestehenden Familiengrab haben;
 - d) Tot- und Fehlgeburten;
 - e) sterbliche Überreste der unter a), b) und c) genannten Personen.
3. Darüber hinaus werden die Leichen bzw. Urnen oder Aschengefäße mit der Asche folgender Personen beigesetzt:
 - f) Personen, die vor der Aufnahme in auswärtigen Pflegestrukturen ihren Wohnsitz in dieser Gemeinde hatten;
 - g) Personen, die ihren Wohnsitz über einen Zeitraum von 10 Jahren in dieser Gemeinde hatten;
 - h) Familienmitglieder der unter b) und c) genannten Personen, in gerader Linie unbegrenzten Grades, die Verwandten der Seitenlinie und die Verschwägerten zweiten Grades.
4. Im Falle außerordentlicher Umstände kann der Bürgermeister die Bestattung der Leichen bzw. der Urnen oder der Aschengefäße mit der Asche von Personen ermächtigen, die die nachstehenden Voraussetzungen erfüllen:
 - i) Personen, die einen besonderen Bezug zu dieser Gemeinde haben oder sich besondere Verdienste auf sozialem, wissenschaftlichem, künstlerischem oder literarischem Gebiet erworben haben;
5. Als Familien gelten im Sinne dieser Friedhofsordnung auch die eheähnlichen Gemeinschaften.
6. Die Beisetzungen in den einzelnen Friedhöfen im gesamten Gemeindegebiet erfolgen grundsätzlich unter Berücksichtigung des Territoriums der jeweiligen Pfarrei.
7. Das Anrecht auf Beisetzung gilt unabhängig von der Konfession des/der Verstorbenen. Die Zuweisung der Grabstätte erfolgt unter Berücksichtigung und im Respekt unterschiedlicher Totenkulturen, auch in Abweichung von vorbestimmten Verfahrensweisen, sofern nicht bereits ein gesonderter Abschnitt im Friedhof nach Art. 2, Absatz 4 ausgewiesen ist.

Artikel 12: Grabkonzession – Zuweisung der Grabstätte

Bei Errichtung einer neuen Grabstätte wird auf Antrag der Angehörigen vom Bürgermeister schriftlich eine Grabkonzession auf 20 Jahre (Datum des Erlasses) ausgestellt.

Der Erwerb einer solchen Konzession gewährt kein Eigentumsrecht, sondern nur ein Nutzungsrecht; eine Grabreservierung ist nicht möglich.

Konzessionen - Erteilung

1. Grabstätten werden nur bei Bedarf zugewiesen. Die entsprechende Konzession wird auch auf mündlichen Antrag vorläufig erteilt oder verlängert.

2. Die Konzession einer Grabstätte gilt ausschließlich für jene Leichen bzw. jene Urnen oder Aschengefäße, für welche dieselbe beantragt wurde.
3. Die Abtretung der erteilten Konzession ist untersagt und ist von Rechts wegen nichtig.
4. Die Konzession lautet zugunsten jener Person, die den Antrag gestellt hat bzw. welche die entsprechenden Konzessionsgebühren bezahlt hat.

Dauer der Konzession

1. Die Dauer der Konzessionen für die einzelnen Bestattungsarten bei erstmaliger Erteilung ist folgende:

a) für Feldgräber	10 Jahre
b) für Feldgräber, sofern die Asche in biologisch abbaubaren Gefäßen bestattet wird	1 Jahr
c) für Urnen-Feldgräber	25 Jahre
d) für Urnen-Feldgräber, in denen die Asche in biologisch abbaubaren Gefäßen bestattet wird	1 Jahr
e) für Sargnischen	25 Jahre
f) für Urnennischen	25 Jahre
g) für private Familiengräber/ Familiengräfte / Arkadengräber	90 Jahre
2. Im Sinne der Bestimmungen der Totenpolizeiordnung darf während der Ruhefrist in derselben Grabstelle des entsprechenden Feldgrabes keine weitere Bestattung vorgenommen werden. Die normale Ruhefrist für die Feldgräber beträgt zehn Jahre. Davon ausgenommen ist die Bestattung von Urnen in einem bereits bestehenden Feldgrab, welche auch vor Ablauf der Ruhefrist erfolgen kann.⁵
3. Sämtliche Konzessionen können um jeweils zehn Jahre verlängert werden. Wird eine Konzession nicht verlängert, so steht die betreffende Grabstätte der Friedhofsverwaltung wiederum frei zur Verfügung.
4. Die Konzessionsinhaber werden über die Fälligkeit der Konzession rechtzeitig und in schriftlicher Form benachrichtigt, sofern die entsprechende Anschrift bekannt ist. Die definitive Verlängerung der Konzession erfolgt durch die Überweisung der entsprechenden Konzessionsgebühr.
5. Wenn die Angehörigen oder deren Adresse nicht bekannt sind, wird ein entsprechender Bescheid in angemessener Weise an den Eingängen zum Friedhof veröffentlicht. Wenn sich kein Angehöriger meldet, wird nach Verstreichen einer Frist von sechs Monaten die Konzession der Grabstätte von Amts wegen als verfallen erklärt.
6. Nach 30 Jahren ab der letzten Beisetzung in Feldgräbern werden Verlängerungen der Grabkonzessionen nur mehr an Verwandte in direkter Linie oder an ansässige Inhaber der Grabkonzession bzw. deren Rechtsnachfolger gewährt. Für auswärtig ansässige Inhaber der Grabkonzession wird dies nur in Ausnahmefällen gewährt und kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.
7. Die Konzession erlischt nach Auflassung einer Grabstätte. Diese erfolgt durch schriftlichen Verzicht, Verfall der Konzession oder nach einer Exhumierung oder Ausbettung.
8. Bei Wiederherstellung der Grabstätte werden noch vorhandene Knochen durch den Friedhofsdienst in das Ossarium übergeführt. Die Asche aus Aschenurnen wird im gemeinschaftlichen Urnenraum deponiert.

Feuerbestattung

1. Der Wille feuerbestattet zu werden, kann von der betroffenen Person:
 - a) beim Standesamt der Wohnsitzgemeinde schriftlich hinterlegt werden,
 - b) testamentarisch verfügt werden,

- c) durch die Mitgliedschaft in einer entsprechenden anerkannten Vereinigung zum Ausdruck gebracht werden, gemäß Art. 3, Abs. 2, Buchst. b) des D.LH. vom 17.12.2012, Nr. 46.
2. Besteht keine testamentarische Verfügung und keine andere ausdrücklich auf die verstorbene Person zurückzuführende Willensäußerung gilt der Wille des Ehepartners bzw. der nächsten Verwandten im Sinne der Landesbestimmungen. Der Wille des Ehepartners oder der nächsten Verwandten, die verstorbene Person feuerzubestatten, wird über einen Antrag auf Ermächtigung der Feuerbestattung bekundet, der dem Standesamt der Gemeinde, in der sich der Todesfall ereignet hat oder in jenem der letzten Wohnsitzgemeinde des Verstorbenen, übermittelt wird. Der Antrag erfolgt gemäß den Vorschriften von Art. 38 des Dekrets des Präsidenten der Republik vom 28.12.2000, Nr. 445.
 3. Die Willenserklärung gemäß Absatz 1, Buchstabe a) oder die Änderung derselben wird vom Standesamt dem Meldeamt der Wohnsitzgemeinde baldmöglichst mitgeteilt.
 4. Im Falle eines Wohnsitzwechsels innerhalb des Landes Südtirol teilt das Meldeamt der Abwanderungsgemeinde dem Meldeamt und dem Standesamt der Einwanderungsgemeinde die Information über das Vorhandensein der genannten Willenserklärung schriftlich mit. Bei Wohnsitzwechsel in eine Gemeinde außerhalb des Landes Südtirol, gelten die Bestimmungen, welche die Feuerbestattung am neuen Wohnort regeln.
 5. Die Ermächtigung zur Feuerbestattung wird vom Bürgermeister der Gemeinde, in welcher der Todesfall eingetreten ist, unter Berücksichtigung der Willenserklärung nach den Absätzen 1 und 2 und nach Erhalt der Bescheinigungen gemäß Art. 3, Abs. 1 des D.LH. vom 17.12.2012, Nr. 46, ausgestellt. Der Bürgermeister ermächtigt die Feuerbestattung in seiner Eigenschaft als Standesbeamter.
 6. Mangelt es an für Grabstätten ausgewiesenen Zonen, erteilt die Gemeinde die Ermächtigung zur Feuerbestattung der sterblichen Überreste der beerdigten oder beigesetzten Leichen gemäß den für die Feuerbestattung vorgesehenen Verfahren, sobald der vorgeschriebene Rotationszeitraum verstrichen ist und nach Zustimmung der Verwandten gemäß den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches, oder bei Desinteresse derselben, nach Ablauf von dreißig Tagen ab Veröffentlichung des diesbezüglichen Hinweises auf der Anschlagtafel der betreffenden Gemeinde.

Bestimmung der Asche

1. Die Asche kann unter Berücksichtigung des Willens des Verstorbenen aufbewahrt oder verstreut werden.
2. Die Art und Weise der Aufbewahrung der Asche gemäß den Artikeln 16 und 17 dieser Verordnung wird, bei Fehlen einer Willensäußerung, die auf die verstorbene Person zurückgeführt werden kann, von den Angehörigen des Verstorbenen bestimmt.
3. Die Verstreuerung der Asche ist gemäß Artikel 411 des Strafgesetzbuches jedenfalls nur dann zulässig, wenn eine ausdrückliche Willenserklärung der verstorbenen Person vorhanden ist.

Aufbewahrung der Asche in Urnennischen

1. In einer Urnennische können, sofern der Platz vorhanden ist, auch mehrere Urnen beigesetzt werden. Dabei müssen die Verstorbenen derselben Familie oder eheähnlichen Gemeinschaft angehört haben.
2. Die Urnennischen können auch für die Aufnahme von Gebeinen oder Überresten aus Krematorien nach allfälligen Exhumierungen in Konzession gegeben werden.

3. Eine Nische ist im Sinne von Art. 80 des D.P.R. vom 10.09.1990, Nr. 285 als gemeinschaftlicher Aschenraum für die fortdauernde Aufbewahrung der Asche jener Verstorbenen bestimmt, die diese Art der Aufbewahrung gewünscht haben oder um deren Asche sich die Angehörigen nicht kümmern.

Aufbewahrung der Asche durch Erdbestattung

1. Die Grabstätte eines Urnen-Feldgrabs einschließlich der Einfassung und des Grabmals hat ein Ausmaß von 60 cm x 60 cm. Der Abstand zwischen den Grabstätten beträgt 40 cm und die Urne muss mit einer Schicht von mindestens 40 cm Erde bedeckt sein. Für die Gestaltung der Grabstätte gilt soweit vereinbar Art. 13 dieser Verordnung. Die Konzessionsgebühr¹ für die Bestattung in einem Urnen-Feldgrab entspricht jener für die Bestattung in einer Urnennische.
2. Die Urne, die in einem gewöhnlichen Feldgrab für die Erdbestattung von Särgen bestattet wird, muss mit einer Schicht von mindestens 40 cm Erde bedeckt sein. Die Konzessionsgebühr entspricht jener, die für die Bestattung einer Leiche in einem Feldgrab geschuldet ist. Die Konzessionsdauer ist in diesem Fall gleich jener die für die Feldgräber angewandt wird.
3. In das Urnen-Feldgrab oder das gewöhnliche Feldgrab können, wenn der Platz vorhanden ist, auch mehrere Urnen beigesetzt werden. Dabei müssen die Verstorbenen derselben Familie oder eheähnlichen Gemeinschaft angehört haben.

Aufbewahrung der Asche durch Übergabe an einen Verwahrer

1. Jede Person, Körperschaft oder Vereinigung, die die verstorbene Person zu Lebzeiten frei gewählt hat, kann Verwahrer der Aschenurne sein.
2. Der Standesbeamte der letzten Wohnsitzgemeinde des Verstorbenen ermächtigt, unter Berücksichtigung des von der verstorbenen Person zu Lebzeiten geäußerten Willens, die Aufbewahrung der Asche durch Übergabe an einen Verwahrer.
3. Der Standesbeamte stellt dem Verwahrer eine Ermächtigung aus, welche den Vor- und Zunamen der verstorbenen Person und des Verwahrers sowie die Angabe der endgültigen Bestimmung der Aschenurne enthält. Die Ermächtigung gilt als einziges Begleitdokument für den Transport der Asche. Der Standesbeamte der Wohnsitzgemeinde der verstorbenen Person vermerkt in einem eigenen Register die persönlichen Daten des Verwahrers und der verstorbenen Person. Wird die Adresse an der die Aschenurne aufbewahrt wird geändert, ist dies vom Verwahrer dem Standesbeamten der Gemeinde, die die Ermächtigung zur Verwahrung ausgestellt hat, mitzuteilen.
4. Der Verwahrer oder dessen Erben können gemäß den Bestimmungen von Artikel 6 des Dekrets des Landeshauptmanns vom 17.12.2012, Nr. 46 auf die Verwahrung der Aschenurne verzichten.

Verstreuung der Asche

1. Die Verstreuung der Asche ist nur bei Bestehen einer entsprechenden ausdrücklichen Willenserklärung der verstorbenen Person zulässig und muss auf die Art und Weise erfolgen, die von der verstorbenen Person gewünscht wurde. Hat sich die verstorbene Person nicht über die Art und Weise der Verstreuung der Asche geäußert oder kann die Verstreuung aufgrund der geltenden Bestimmungen nicht auf die gewünschte Art und Weise erfolgen, bestimmen die in Art. 9, Abs. 2 des Landesgesetzes vom 19.01.2012, Nr. 1 angegebenen Personen, in der dort angeführten Reihenfolge, über die Art und Weise der Verstreuung der Asche.
2. Zum Zwecke der Verstreuung der Asche ist der entsprechende Behälter gemäß Art. 18 dieser Verordnung der Person in Verwahrung zu geben, welche die Verstreuung der Asche vornehmen soll.

3. Die Verstreuung der Asche muss vom Standesbeamten der Gemeinde, in der die Verstreuung erfolgt unter Berücksichtigung des Bestattungsrechts nach Art. 5 dieser Verordnung, ermächtigt werden.
4. Die Verstreuung der Asche kann innerhalb des Friedhofs erfolgen und zwar:
 - a) in dem eigens hierfür vorgesehenen Bereich;
 - b) in einem Feldgrab, mittels Erdbestattung eines biologisch abbaubaren Gefäßes, das die Asche aufnimmt; das erdbestattete Gefäß muss mit einer Schicht von mindestens 40 Zentimeter Erde bedeckt sein.
5. Die Verstreuung der Asche durch Erdbestattung in einem Feldgrab unterliegt einer Konzessionsgebühr, die im Verhältnis zu jener, die für die gewöhnliche Bestattung einer Leiche in einem Feldgrab geschuldet ist, vermindert wird. Das Feldgrab, in dem ein Aschengefäß zur Verstreuung erdbestattet worden ist, unterliegt einer Ruhefrist von 1 Jahr. Nach Ablauf der Ruhefrist steht das Feldgrab wieder für neue Bestattungen zur Verfügung.
6. Die Verstreuung der Asche ist außerdem, unter Einhaltung eines Mindestabstandes von zweihundert Metern zu Ortschaften und bewohnten Gebieten im Sinne der Raumordnungsbestimmungen, an folgenden Orten erlaubt:
 - a) in Flüssen, in den Bereichen, die frei von Badenden und Baulichkeiten sind,
 - b) in Naturgebieten, die mit Beschluss des Gemeindeausschusses eigens hierfür ausgewiesen werden,
 - c) auf privatem Grund, im Freien, mit dem Einverständnis der Eigentümer. Die Verstreuung der Asche auf privatem Grund darf nicht zu einer Tätigkeit mit Gewinnabsicht werden.
7. Das Standesamt der Gemeinde, in der die Asche verstreut wird, verzeichnet die endgültige Bestimmung, welche vom Verwahrer erklärt wird und macht eine entsprechende Mitteilung an die Gemeinde, welche die Verwahrung verfügt hat.

Artikel 13: Konzessionsgebühr

Um Inhaber einer Grabkonzession zu werden, muss an die Gemeindeverwaltung vor Erteilung der Konzession eine einmalige Konzessionsgebühr entrichtet werden, deren Höhe - je nach Art des Grabes gestaffelt - vom Gemeindeausschuss festgelegt wird und jederzeit abgeändert werden kann.

Grundlage für die Festlegung der Gebühren bildet der Tarif für die Besetzung öffentlichen Grundes bezüglich der Kategorie 1 gemäß geltender Gemeindeverordnung. Die Gebühren werden folgendermaßen unterteilt:

- a) Konzessionsgebühr Gemeindefriedhof Prad
 - Einzelgräber
 - Familiengräber
 - Familiengräber unter den Arkaden
- b) Konzessionsgebühr Pfarrfriedhof Agums
 - Einzelgräber
 - Familiengräber
 - Familiengräber unter den Arkaden
- c) Konzessionsgebühr für Urnenwände auf beiden Friedhöfen

Artikel 14: Nachfolgeregelung der Konzession

- a) Im Familiengrab werden Familienmitglieder (Verwandte) der direkten Linie beigesetzt (Großeltern, Eltern, Kinder usw.). Weiters können im Familiengrab auch in eheähnlicher Beziehung lebende Personen beerdigt werden.
- b) Erstes Anrecht auf Weiterführung (Benützung) der Familiengrabstätte bis zum Verfall der Grabkonzession hat der Erbe des elterlichen Anwesens oder Wohnhauses.
- c) Sollte dieser auf sein Anrecht verzichten, so fällt das Recht demjenigen zu, dem die Erbberechtigten in direkter Linie es zusprechen. Sterben die Angehörigen der direkten Linie aus, so ist keine Nachfolge zulässig bzw. verfällt die Grabkonzession.
- d) Durch die Gründung einer eigenen Familie erlischt das Recht auf Benützung der Familiengrabstätte. Davon ausgenommen ist der Erbe gemäß Punkt b).
- e) Verwandte der Seitenlinie werden nur nach schriftlicher Einwilligung der Inhaber einer Familiengrabstätte in derselben beigesetzt.
- f) Außereheliche Kinder werden in der Familiengrabstätte der Eltern der Mutter beigesetzt.
- g) Werden außereheliche Kinder infolge einer Eheschließung legitimiert, gelten die Bestimmungen gemäß Punkt a).
- h) Ziehkinder und nicht legitimierte Kinder können im Familiengrab der Zieheltern beigesetzt werden.
- i) Adoptivkinder werden im Familiengrab der Adoptiveltern beigesetzt.
- j) Stiefeltern werden im Familiengrab beigesetzt, das zu dem Anwesen gehört, in das ein Ehepartner einheiratet.
- k) Stiefkinder werden in der Familiengrabstätte des Elternteiles beigesetzt, dessen gesetzliche Erbschaft sie antreten.

Die freiwillige Weitergabe der Konzession unter Lebenden ist unzulässig.

Pflichten des Konzessionsinhabers

1. Wer die Konzession innehat, muss:
 - a) die Grabstelle innerhalb einer angemessenen Zeit würdig gestalten;
 - b) innerhalb von 12 Monaten nach der Beisetzung der Leiche, der Urne oder des Aschengefäßes die Grabstätte mit einem Grabmal versehen;
 - c) die Grabstätte in ordentlichem und würdigem Zustand halten, pflegen und für dessen Instandhaltung sorgen;
 - d) die vorgeschriebene Konzessionsgebühr entrichten.

Artikel 15: Verfall der Konzession

Wird nach Ablauf von 20 Jahren die Konzession - zum jeweils gültigen Tarif - nicht erneuert, fällt das Nutzungsrecht nach schriftlicher Benachrichtigung des Konzessionsinhabers an die Gemeinde zurück.

Mit Verfall der Grabkonzession muss das Grabzeichen von den Angehörigen innerhalb eines Monats entfernt werden, widrigenfalls geht es in den Besitz der Gemeinde über und wird von derselben von Amtswegen entfernt.

Bei Auflösung der Grabkonzession stehen dem Ex-Konzessionsinhaber keinerlei Entschädigungen zu. Eine eventuell behördlich verordnete Auflösung des Friedhofes berechtigt zu keinerlei Spesenrückvergütung. Bei Verzicht des Inhabers auf die Grabkonzession, unabhängig von deren Benützung, wird die Konzessionsgebühr nicht zurückerstattet.

Artikel 16: Pflicht zur Grabpflege

Für die Dauer der Konzession ist der Konzessionsinhaber verpflichtet, die Grabstätte und den unmittelbaren Bereich um die Grabstätte herum gemäß den Bestimmungen dieser Verordnung, den im Konzessionsakt enthaltenen Vorschriften sowie den Anweisungen des Bürgermeisters und der Friedhofskommission auf seine ausschließlichen Spesen und Kosten zu pflegen.

Stellt die Friedhofskommission fest, dass ein Grab über einen längeren Zeitraum (2 Jahre) nicht gepflegt wurde, werden die Hinterbliebenen schriftlich aufgefordert, das Grab in würdigem Zustand zu bringen, andernfalls fällt die Grabkonzession ohne weitere Benachrichtigungen an die Gemeinde zurück.

Artikel 17: Jährliche Friedhofsgebühr

a) Für die allgemeinen Friedhofsdienste, die Pflege und Instandhaltung der Gemeinschaftsflächen und -anlagen schuldet der Konzessionsinhaber der Marktgemeinde Prad am Stilfserjoch eine jährliche Gebühr, deren Höhe vom Gemeindeausschuss festgelegt wird und jederzeit abgeändert werden kann.

Die Gebühr wird folgendermaßen festgelegt:

- Jährliche Friedhofsgebühr Gemeindefriedhof Prad
- Jährliche Friedhofsgebühr Pfarrfriedhof Agums
- Jährliche Friedhofsgebühr für Urnenplätze.

b) Wird die Jahresgebühr für das Grab trotz Mahnung nicht entrichtet, wird dem Konzessionsinhaber das Recht auf die Benutzung der Grabstätte (Konzession) entzogen. Daraufhin muss das Grabzeichen von den Angehörigen innerhalb eines Monats entfernt werden, widrigenfalls geht es in den Besitz der Gemeinde über und wird von derselben von Amtswegen auf Kosten des Konzessionsinhabers entfernt.

Artikel 18: Ausmaße der Grabstätten - Bestattungsfläche unter der Erde:

Grabtiefe: min. 2,00m

Abstand zwischen den einzelnen Grabstätten: min. 0,50m auf jeder Seite

a) Einzelgräber: Breite 0,80m
 Länge 2,20m

In diesen Grabstellen darf bis zum Ablauf der gesetzlichen Rotationszeit (10 Jahre) nur eine Leiche beigesetzt werden.

b) Familiengräber: Breite 1,60m
 Länge 2,20m

Die Reihenfolge der Beisetzung erfolgt von links nach rechts.

Im Zweifelsfall hat der Bürgermeister die letzte Entscheidung.

Artikel 19: Ausmaße der Grabstätten - Bestattungsfläche über der Erde:

Die Ausmaße der Grabstätte über der Erde dürfen folgende Maße nicht überschreiten:

a) Einzelgräber: Breite 0,80m
 Länge 1,30m

b) Familiengräber: Breite 1,30m
 Länge 1,30m

Die im Friedhof vorhandenen Gräber bleiben so bestehen, wie sie bisher waren, ebenso die bereits vorhandenen Steine und Kreuze.

BESONDERE BEDINGUNGEN:

Werden aus Platzmangel neue Gräber benötigt, dann werden solche beansprucht, worin am längsten niemand mehr bestattet worden ist, von denen keine näheren Angehörigen mehr leben oder deren Angehörige endgültig von Prad und Agums fortgezogen sind.

Pfarrfriedhof Agums:

Wird ein Grab an der Kirchenmauer aufgelassen, so darf dort kein neues mehr errichtet werden.

Gemeindefriedhof Prad:

Familiengräber (Reihe 11/Friedhofsmauer/Arkadengräber):

Die bestehenden Familiengräber in Prad (heute z.T. bis 2,40 m, Arkaden 3,60 m breit) können im Einvernehmen mit dem Konzessionsinhaber geteilt und in Einzel- oder schmälere Familiengräber umgewandelt werden, um dem Platzbedarf auf dem Gemeindefriedhof Rechnung zu tragen. In diesem Fall ist für die neuen Gräber eine entsprechende Grabkonzession zu beantragen. Vorzugsweise sind die Gräber dabei an Anverwandte zu vergeben.

Artikel 20: Genehmigungspflicht für Grabmale

An jeder Grabstätte soll ein Grabmal errichtet werden; dafür ist eine Genehmigung durch den Bürgermeister nach Anhören der Friedhofscommission erforderlich. Daher muss schon vor der Anschaffung eines Grabmales ein entsprechendes Ansuchen an die Gemeinde gerichtet werden. Beigelegt werden muss eine Planzeichnung mit den Ausmaßen des Grabzeichens und einer kurzen Beschreibung mit Angabe des verwendeten Materials, Inschrift und beabsichtigter Ausführung.

Die Errichtung darf erst erfolgen, nachdem die Friedhofscommission den vorgelegten Grabmalentwurf genehmigt hat. Die Ermächtigung für die Errichtung des Grabmales erfolgt schriftlich. Das Grabmal muss innerhalb von 3 Jahren ab Datum der Beisetzung errichtet werden.

Die ohne Genehmigung errichteten oder abgeändert ausgeführten Grabzeichen können jederzeit von der Friedhofscommission nach schriftlicher Mitteilung an die Betroffenen und auf Kosten der Zuwiderhandelnden von Amtswegen entfernt werden.

Änderungen an den schon bestehenden Grabmalen dürfen ebenfalls nur mit schriftlicher Erlaubnis der Friedhofscommission vorgenommen werden.

Der Zeitpunkt für die Errichtung des Grabmales muss der Gemeinde (dem vom Bürgermeister beauftragten Referenten/Friedhofswart) mitgeteilt werden.

Artikel 21: Richtlinien für die Gestaltung der Grabzeichen

Bei aller möglichen Verschiedenheit und Individualität der Grabmale ist eine gewisse Einheit der Friedhöfe anzustreben; diesem Zweck dienen folgende Richtlinien der Friedhofscommission:

Die Baustoffe der Grabzeichen können aus ortsüblichem Naturstein, Metall oder Holz sein. Den ortsüblichen Materialien (Marmor usw.) sowie den schmiedeeisernen Kreuzen sollte unbedingt der Vorzug gegeben werden:

a) Grabzeichen aus Marmor oder Naturstein

Für Grabzeichen aus Marmor oder Naturstein darf nur einheimischer Marmor oder Naturstein verwendet werden. Er soll aus einem einzigen Stück bestehen.

Das Grab darf auf keinen Fall mit einer Marmorplatte abgedeckt werden.

Höchstausmaße der Grabmale:

Breite: 0,70 m (Familiengrab: max. 1,20 m, bestehende Familiengräber
Reihe 11 bzw. entlang der Friedhofsmauer: max. 2,00 m)

Höhe: 1,30 m (ab Boden, inklusive Sockel)

Die Stärke des Steines muss 10 - 20 cm betragen.

b) Grabzeichen aus Metall

Zugelassen ist jede handwerksgerechte Kunstschmiedearbeit. Es ist wünschenswert, alte Kreuze fachgerecht aufrichten zu lassen.

Der Sockel soll aus Naturstein bestehen.

Höchstausmaße der Grabmale:

Breite: 0,70 m

Höhe: 1,50 m (ab Boden, inklusive Sockel)

c) Grabzeichen aus Holz

Diese werden nur genehmigt, wenn es sich um eine gediegene Handwerksarbeit handelt. Die Schrift muss eingeritzt, erhaben oder vertieft sein. Der Anstrich mit Deckfarben ist untersagt, dagegen soll von Zeit zu Zeit das Holz mit einem Holzschutzmittel gepflegt werden. Regendächer über 20 cm Tiefe sind verboten.

Höchstausmaße der Grabmale:

Breite: 0,70 m

Höhe: 1,30 m (ab Boden, inklusive Sockel)

Die Grabzeichen müssen alle auf einer eingegossenen Zementbank oder auf dem Grabsockel aufgestellt werden.

Maximale Sockelabmessungen:

- Breite: 0,70 m

- Stärke: max. 0,20 m

- Höhe: max. 0,50 m (ab Boden)

Die Sockel können die Grabinschrift tragen.

Die Gräber sollen eine Einfassung (nicht höher als 10 cm) haben, diese soll zur Grabgestaltung passen; dies gilt nicht für den Rasenbereich des Pfarrfriedhofes von Agums.

Die Gestaltung der Rückseite der freistehenden Grabsteine wird empfohlen.

Inschriften und Grabzeichen sollen in jeder Beziehung aufeinander abgestimmt werden. Auf das Anbringen von Farbfotografien sollte verzichtet werden. Das Anbringen materialfremder Reliefs und Figuren ist verboten, und zwar bei allen zugelassenen Baustoffen.

BESONDERE BEDINGUNGEN:

Pfarrfriedhof Agums:

In Agums sind - dem Charakter des Friedhofes entsprechend - bei allen freistehenden Gräbern als Grabzeichen Metallkreuze anzubringen, während die Grabmale entlang der Friedhofsmauer und in den Nischen entsprechend den bestehenden Grabzeichen ausgeführt werden sollen.

Gemeindefriedhof Prad:

Neue Grabzeichen der Arkadengräber sollen dem Bestand angepasst werden.

Artikel 22: Grabbuch

Die Gemeindeverwaltung führt im Sinne von Art. 52 des T.P.R. ein Register in doppelter Ausführung, welches vom Bürgermeister vorher vidimiert werden muss und in dem folgende Angaben festgehalten werden:

- a) Vorname und Zuname des/der Verstorbenen
- b) Alter, Geburtsort und -datum
- c) Datum und Stunde der Beisetzung
- d) fortlaufende Nummer der Bestattung
- e) Grabnummer (evt. auch Reihe)
- f) Name des Konzessionsinhabers, evt. Grabpflegers
- g) Verfall oder Verlängerung der Konzession
- h) Art der Grabstätte (Einzelgrab/Familiengrab)

Ebenso sind die Angaben gemäß Art. 52, Absatz 2), Buchstaben b), c) und d) des Totenpolizeireglements zu vermerken.

Eine Ausfertigung dieses Registers muss jeweils zu Jahresende im Sinne von Art. 53, Absatz 2) T.P.R. dem Gemeindecarchiv übergeben werden.

Artikel 23: Ritus des Begräbnisses

Über den Ritus des Begräbnisses (zivil, religiös usw.) entscheiden die nächsten Angehörigen der Verstorbenen, sofern der/die Verstorbene nicht selbst eine diesbezügliche Bestimmung hinterlassen hat.

Der Friedhofswart ist von der jeweiligen Form vorher zu verständigen.

Die Gewährung oder Verweigerung eines kirchlichen Begräbnisses, sowie der Ritus und die Form der Beerdigung, werden ausschließlich und in allen Fällen von der jeweiligen kirchlichen Behörde und vom geltenden Kirchenrecht bestimmt.

Artikel 24: Abfallbeseitigung

Kränze, dürre Blumen und andere biologische Abfälle sowie sonstige Abfälle wie Kerzen, Glas, Metall u. drgl. können in den verschiedenen, von der Gemeinde bereitgestellten Müllcontainern getrennt entsorgt werden. Diese Container werden in den entsprechenden gekennzeichneten Abstellplätzen untergebracht.

Artikel 25: Ordnung auf dem Friedhof

Auf dem Friedhof ist alles zu unterlassen, was der Würde des Ortes nicht entspricht: Lärmen, Rauchen, Spielen, Telefonieren, das Entwenden von Blumen, Pflanzen, Kränzen, Kerzen und sonstigen Gegenständen anderer Eigentümer, das Beschädigen und Beschmieren von Grabmalen, Grabbeeten und Friedhofseinrichtungen, das Feilbieten von Waren jeglicher Art und Betteln, das Abhalten von andersartigen Veranstaltungen und Verteilen von Flugblättern, das Mitnehmen von Tieren sowie der Zugang von Kindern unter 6 Jahren ohne Begleitung, Betrunkene und Personen in unwürdiger Kleidung.

Die Gemeindeverwaltung sorgt für die Aufsicht des Friedhofs und dafür, dass die gegenständliche Friedhofsordnung sowie die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen beachtet werden. Dazu trifft sie die zum Schutze der öffentlichen Gesundheit und zur reibungslosen Abwicklung des Dienstes erforderlichen Maßnahmen.

Art. 26: Besuchszeiten

Die Friedhöfe sind dem Publikum in den vom Bürgermeister, nach Anhören der Friedhofs-kommission, nach Jahreszeiten festgelegten Öffnungszeiten zugänglich, die an den Eingängen angeschlagen werden.

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist der Besuch nur mit besonderer Erlaubnis durch den Bürgermeister gestattet.

Artikel 27: Strafbestimmungen

Vorbehaltlich der Anwendung der Strafen für Vergehen, welche eine Straftat darstellen, unterliegen die Übertretungen gegen die Bestimmungen der vorliegenden Verordnung den Verwaltungsstrafen im Sinne der Art. 338, 339, 340 und 358 des E.T. der Sanitätsgesetze, wie mit Art. 3 des Gesetzes vom 12. Juli 1961, Nr. 603 abgeändert, und gemäß Art. 32 und 113 des Gesetzes vom 24. November 1981, Nr. 689.

Strafen

1. Bei Verstößen gegen diese Friedhofsordnung wird dem Übertreter eine Geldbuße von 100 bis 600 Euro verhängt, unbeschadet der allfälligen zivil- und strafrechtlichen Folgen.
2. Wird die Konzessionsgebühr trotz schriftlicher Aufforderung nicht entrichtet, verfällt das Nutzungsrecht der Grabstätte im Sinne der Totenpolizeiordnung und die Friedhofsverwaltung kann über die Grabstätte verfügen.
3. Bei nicht angemessener Pflege der Grabstätte kann nach vorheriger Vorhaltung die Konzession widerrufen werden.
4. Sind bei völliger Verwahrlosung der Grabstätte die Angehörigen oder deren Adresse nicht bekannt, wird ein entsprechender Bescheid in angemessener Weise an den Eingängen zum Friedhof veröffentlicht. Wenn sich kein Angehöriger meldet, kann nach Verstreichen einer Frist von sechs Monaten die Konzession widerrufen werden.

Artikel 28: Inkrafttreten der Verordnung

Die vorliegende Friedhofsordnung tritt im Sinne des Art. 2, Absatz 1, des R.G. vom 22.12.2004, Nr. 7, ab dem Tag in Kraft, an dem der Beschluss über die Genehmigung vollstreckbar wird und ersetzt alle bisherigen Bestimmungen.

Für das, was von der vorliegenden Verordnung nicht geregelt wird, gilt das gültige Totenpolizeireglement, genehmigt mit D.P.R. vom 10.09.1990, Nr. 285, sowie die anderen einschlägigen Gesetzesbestimmungen auf diesem Gebiet.

Artikel 29: Schlussbestimmungen

Diese Friedhofsordnung wird allen Bürgern der Marktgemeinde Prad am Stilfserjoch zur Kenntnis gebracht. Der Gemeindesekretär sorgt durch die Gemeindeämter für die Veröffentlichung dieser Verordnung nach Maßgabe der Satzung.

Gesehen und genehmigt gemäß can. 1281 §1 CIC und Art. 18 des Gesetzes 222/20.05.1985
Bischöfliches Ordinariat Bozen-Brixen – Diözesanordinarius

* * * * *

COMUNE DI PRATO ALLO STELVIO
PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO-ALTO ADIGE

REGOLAMENTO CIMITERIALE PER IL CIMITERO COMUNALE DI PRATO ALLO STELVIO ED IL CIMITERO PARROCCHIALE DI AGUMES

Introduzione:

Il cimitero costituisce parte del paese come la morte è parte della vita. Esso rispetta non solo la riverenza e l'affetto dei congiunti e viventi per i loro defunti ma costituisce un'immagine della cultura e della religiosità dell'intera comunità. In tale senso una conveniente configurazione del camposanto ed una gestione ordinata e unitaria sono un impegno culturale; con il presente regolamento cimiteriale ci si propone di servire a tale scopo.

Il presente regolamento è approvato in conformità del disposto dell'art. 344 del T.U. delle leggi sanitarie e del Regolamento di polizia mortuaria, approvato con D.P.R. 10/9/1990, n. 285.

Articolo 1: Principi generali

a) Il presente regolamento disciplina la gestione e l'amministrazione dei seguenti cimiteri:
- il cimitero comunale di Prato allo Stelvio, consistente nella p.f. 3205, C.C. Prato, di proprietà del Comune di Prato allo Stelvio
- il cimitero parrocchiale di Agumes, consistente nella p.f. 2374, C.C. Prato, di proprietà della Parrocchia "Regina Maria".

b) Gestione unitaria dei due cimiteri:

Secondo il contratto di comodato stipulato con l'amministrazione della Parrocchia "Regina Maria" il cimitero parrocchiale di Agumes viene ceduto a disposizione, utilizzazione e gestione del Comune di Prato allo Stelvio per la durata della validità di detto contratto. Perciò il presente regolamento vale anche per il cimitero parrocchiale di Agumes e quindi trova applicazione per tutti e due i cimiteri.

Articolo 2: Gestione ed amministrazione

a) Il servizio cimiteriale ed il seppellimento delle salme sono di esclusiva competenza del Comune. Le attribuzioni relative sono svolte dal Sindaco, ferma, ove stabilito nelle vigenti disposizioni di leggi in materia, le competenze del Consiglio comunale, della Giunta comunale, del Presidente risp. della Giunta Provinciale di Bolzano ossia, infine, delle Autorità sanitarie locali.

Al Sindaco risp. all' assessore oppure consigliere comunale delegato spettano per tutti e due i cimiteri i seguenti compiti:

- la determinazione dell'ordinamento delle fosse e il rilascio della concessione cimiteriale,
- la tenuta dei registri cimiteriali (repertorio cimiteriale, di sepolture) e dei piani cimiteriali, l'apertura delle tombe (servizio funebri) e la riscossione delle tasse di concessione e del canone annuale per i servizi generali cimiteriali.

- b) Il Comune di Prato allo Stelvio si incarica inoltre della gestione e della vigilanza sanitaria dei cimiteri, dei servizi generali cimiteriali e della manutenzione delle superfici di uso comune, dello smaltimento dei rifiuti e della pulitura dei servizi igienici che saranno costruiti prossimamente presso i due cimiteri.
- c) La manutenzione degli impianti che fanno parte dei cimiteri spetta ai singoli proprietari.
- d) Il medico igienista distrettuale, delegato dal Responsabile del servizio dell'Azienda sanitaria competente, vigila e controlla il funzionamento dei cimiteri e propone al Sindaco i provvedimenti necessari per assicurare il regolare servizio.

Articolo 3: Commissione cimiteriale

- a) La commissione cimiteriale è composta da cinque membri:
 - il Parroco di Prato ufficialmente come amministratore legale della Parrocchia "Regina Maria"
 - tre rappresentanti del Consiglio comunale
 - un rappresentante del Consiglio parrocchiale.
 Altri membri possono essere cooptati per la commissione cimiteriale.
 Viene presieduta da una persona eletta dalla commissione fra i propri membri.
- b) La commissione cimiteriale viene nominata dal Consiglio comunale. Detta commissione decade dalla sua carica con la fine della legislatura del Consiglio comunale; essa rimane in carica comunque fino alla nuova istituzione. Il membro dell'assemblea parrocchiale viene integrato dopo il rinnovo della stessa. La commissione presta la sua opera senza onorari né indennità.
- c) **Compiti della commissione cimiteriale:**
 La commissione nominata assiste il Comune in modo consultativo nella gestione e amministrazione dei cimiteri e si occupa di questioni relative a strutturazione, figurazione ed estetica del cimitero e delle singole sepolture.
 Alla commissione spetta il compito di fornire pareri al Sindaco circa le autorizzazioni alla costruzione e alla modifica dei monumenti sepolcrali (art. 94 del D.P.R. n. 285/1990). Inoltre la commissione cimiteriale vigila sulla cura e manutenzione dei cimiteri, delle singole tombe e sull'osservanza del presente regolamento. Ai sensi del art. 51 del Reg. Polizia mortuaria, approvato con D.P.R. 285 del 10.09.1990, il Sindaco è responsabile della manutenzione degli impianti comuni, per la gestione e la vigilanza.
 In caso di necessità la suddetta commissione può richiedere pareri ad esperti d'arte su questioni inerenti la raffigurazione artistica.
- d) Le sedute della commissione cimiteriale sono valide alla presenza di almeno la metà più 1 dei membri in carica. Le deliberazioni sono adottate con la maggioranza assoluta dei membri presenti. In caso di parità di voti decide il voto del presidente.
- e) e) La commissione cimiteriale ha l'obbligo di fare una relazione periodicamente al Consiglio comunale nonché al Consiglio parrocchiale.

Articolo 4: Servizio di custodia – addetto ai cimiteri

L'amministrazione comunale ha cura di assicurare il servizio di custodia nei due cimiteri. La Giunta comunale nomina un responsabile scelto fra gli operatori dipendenti in servizio, il quale funge da custode del cimitero. Il responsabile incaricato svolge i servizi affidatigli con la collaborazione, il sostegno e l'assistenza consultiva della commissione cimiteriale.

Spettano al responsabile del servizio di custodia gli adempimenti di cui agli art. 52 e 53 del Reg. Polizia mortuaria, approvato con D.P.R. 285/1990, il coordinamento e la vigilanza dei servizi cimiteriali (apertura e chiusura della fossa), la vigilanza sulle modalità di effettuazione dei trasporti eseguiti da terzi, la vigilanza su personale addetto a tutti i servizi cimiteriali. Provvede inoltre alla vigilanza sull'osservanza del presente regolamento e segnala al Sindaco eventuali contravvenzioni alle prescrizioni.

Articolo 5: Camera mortuaria – cappella del cimitero

Come deposito d'osservazione e come camera mortuaria ai sensi dell'art. 11 e art. 12 del regolamento di polizia mortuaria serve la cappella commiato nella chiesa parrocchiale "Regina Maria" di Prato.

Per le finalità di obitorio secondo l' art. 13 e segg. del regolamento di polizia mortuaria viene fatto uso dell'obitorio sito nell'ospedale circondariale di Silandro.

Articolo 6: Trasporto funebri

Nell'ambito delle competenze conferite al Sindaco esso disciplina, con apposito provvedimento, le modalità, l'orario ed i percorsi consentiti per il trasporto di cadaveri. Il Sindaco ha cura di garantire per il trasporto funebre la piena osservanza delle relative norme vigenti in materia (cap. IV, articoli da 16 a 36 del regolamento di polizia mortuaria, approvato con D.P.R.285/10.09.1990).

Poiché il Comune di Prato allo Stelvio non dispone di proprio ed apposito servizio di trasporti funebri, detti servizi devono essere eseguiti da parte di un'impresa privata, appositamente incaricata dal Comune di Prato allo Stelvio, munita di veicoli idonei all'uso, con riserva di rivalsa delle spese nei confronti di chi vi è obbligato, ovvero a carico del Comune per i trasporti gratuiti, ovvero su incarico dei superstiti del defunto a loro dirette spese.

Articolo 7: Ossario

Entrambi i cimiteri sono dotati di un ossario a norma e per le funzioni di cui all'art. 67 del regolamento di polizia mortuaria D.P.R. 285/1990. Ivi vengono conservate le ossa rinvenute in sede di esumazione ordinaria o di estumulazione.

Articolo 8: Tipo di sepoltura

Il seppellimento nei cimiteri di Prato e Agumes viene eseguito esclusivamente per inumazione (seppellimento nella terra) mediante utilizzazione di casse in materiale biodegradabile autorizzato. Le urne cinerarie vengono collocate in apposite cellette, ciò in entrambi i cimiteri.

In casi eccezionali è facoltà del Sindaco di autorizzare l'inumazione delle urne cinerarie. Al riguardo vengono applicate le disposizioni di cui agli articoli 11 e segg. del presente regolamento.

Materiali dei feretri e delle custodie per le ceneri:

1. I feretri e i loro rivestimenti devono consistere in materiali biodegradabili. Possono essere utilizzati solo legni dolci della zona, con esclusione del larice. Il legname utilizzato non deve essere stato trattato. In caso di tumulazione è obbligatoria l'utilizzo di una duplice cassa ai sensi dell'art. 77 del D.P.R. 10.09.1990, n. 285.

2. Le urne per la conservazione delle ceneri devono essere fatte di materiale resistente, essere sigillate e recare all'esterno il nome, il cognome, la data di nascita e di morte della persona defunta.
3. Nel caso di inumazione delle ceneri in un contenitore, questo dev'essere di materiale biodegradabile.

Articolo 9: Cremazione

Il Comune di Prato allo Stelvio non dispone di un proprio crematorio; per cui i cittadini residenti nella Provincia di Bolzano possono usufruire del crematorio del cimitero civico di Bolzano, in osservanza delle condizioni di utilizzo e tariffe stabilite dall'Ufficio Sanità del Comune di Bolzano.

La cremazione deve essere autorizzata dal Sindaco sulla base testamentaria espressa in tal senso dal defunto. In mancanza di disposizione testamentaria, la volontà deve essere manifestata dal coniuge e, in difetto, dal parente più prossimo individuato secondo gli artt. 74 e segg. del codice civile, e nel caso di concorrenza di più parenti nello stesso grado, da tutti gli stessi, mediante atto scritto con sottoscrizione autenticata ai sensi di legge.

Per quanto riguarda le altre modalità nonché i certificati e le autorizzazioni necessari si rinvia all'art. 79 del D.P.R. 285/1990.

Per la sepoltura nelle cellette sono ammesse le seguenti dimensioni massime delle urne:

altezza x larghezza x profondità: 15 x 15 x 30 cm,

Le urne devono essere fabbricate da materiali non inquinanti.

Art. 10: Esumazione

Il tempo minimo per le esumazioni ordinarie è fissato con dieci anni. Le relative modalità vengono regolate con apposito provvedimento del Sindaco. Durante l'esumazione di salme l'accesso ai cimiteri è consentito alle persone autorizzate. Per quanto concerne l'esumazione straordinaria si rimanda agli artt. 83 e segg. del D.P.R. 285/1990.

Esumazioni - estumulazioni

1. L'esumazione o estumulazione ordinaria a scadenza del normale periodo di rotazione o a seguito di dismissione della tomba è gratuita.
2. In caso di nuova inumazione dei resti mortali, questi devono essere trattati con prodotti che favoriscano la mineralizzazione. Tali prodotti devono essere cosparsi sia sui resti mortali come anche sul terriccio intorno al contenitore biodegradabile. Devono inoltre essere atossici e innocui e non devono in nessun caso comportare la contaminazione del terreno o della falda acquifera.

Articolo 11: Diritto di sepoltura

Nel cimitero comunale di Prato ed il cimitero parrocchiale di Agumes devono essere accolte le salme dalle seguenti persone:

- a) i cadaveri delle persone morte nel territorio del Comune di Prato allo Stelvio, qualunque ne fosse in vita la residenza;
- b) i cadaveri delle persone morte fuori del territorio del Comune di Prato allo Stelvio, ma aventi in esso, in vita, la residenza;
- c) i cadaveri delle persone non residenti in vita nel Comune di Prato allo Stelvio e morte fuori di esso, ma aventi diritto al seppellimento in una sepoltura privata (tomba familiare) esistente nei cimiteri del comune stesso;

- d) i nati morti ed i prodotti del concepimento di cui all'art. 7 del D.P.R. n. 285 del 10.9.1990;
- e) i resti mortali delle persone sopra elencate.

Diritto di sepoltura

1. Il diritto di sepoltura non è un diritto disponibile, quindi non può essere oggetto di atti giuridici come l'acquisto, la permuta, la donazione, la cessione o l'affitto. L'assegnazione di una tomba avviene esclusivamente da parte dell'amministrazione cimiteriale.
2. Ai sensi delle disposizioni del Regolamento di Polizia Mortuaria le salme, le urne cinerarie e i contenitori di ceneri delle seguenti persone hanno diritto di sepoltura nel cimitero:
 - a) persone decedute nel territorio del Comune;
 - b) persone con residenza nel Comune;
 - c) persone aventi diritto alla sepoltura in una tomba di famiglia già esistente;
 - d) nati morti e prodotti di concepimento;
 - e) resti mortali delle persone di cui alle lettere a), b) e c).
3. Si seppelliscono inoltre le salme ovvero le urne cinerarie e i contenitori di ceneri delle seguenti persone:
 - f) persone, che prima del ricovero in strutture di cura fuori del territorio comunale avevano la propria residenza nel Comune;
 - g) persone, che per un periodo di 10 anni erano state residenti nel Comune;
 - h) familiari delle persone indicate alle lettere b) e c), in linea retta di grado illimitato, i parenti collaterali e gli affini fino al secondo grado.
4. In casi straordinari il Sindaco¹³ può autorizzare la sepoltura di salme, delle urne cinerarie o dei contenitori di ceneri di persone per le quali siano presenti i seguenti requisiti:
 - i) persone, che hanno un particolare legame con il Comune o che si sono distinte per particolare merito nel campo sociale, scientifico, artistico o letterario;
5. Ai fini del presente regolamento cimiteriale si intendono come famiglia anche le convivenze *more uxorio*.
6. Per le sepolture nei singoli cimiteri dell'intero territorio comunale si tiene conto, di regola, dei territori delle singole parrocchie.
7. Il diritto di sepoltura è indipendente dalla confessione del deceduto. L'assegnazione dell'area di sepoltura avviene in considerazione e nel rispetto dei diversi culti, anche in deroga a predeterminate procedure, a meno che non sia già stata individuata nel cimitero una sezione dedicata ai sensi dell'art. 2, comma 4.

Articolo 12: Concessione cimiteriale – assegnazione di aree di sepoltura

Su richiesta dei familiari il diritto di assegnazione ed occupazione di una tomba viene concesso mediante apposito atto di concessione dal Sindaco per 20 anni (dalla data della concessione).

Una tale concessione cimiteriale non trasferisce un diritto di proprietà, ma solamente un diritto di utilizzazione della tomba; non è possibile di prenotare una tomba.

Concessione - rilascio

1. Le tombe vengono assegnate solo in caso di necessità. Il rilascio provvisorio o la proroga della relativa concessione può avvenire anche su richiesta orale.
2. La concessione di una tomba vale esclusivamente per le salme, per le urne e i contenitori di ceneri per le quali è stata richiesta.
3. La cessione della concessione rilasciata è vietata e ogni atto contrario è nullo.
4. La concessione è intestata alla persona che ne ha fatto richiesta ovvero alla persona che ha pagato il relativo canone di concessione.

Durata della concessione

1. La durata delle concessioni in sede di primo rilascio per le singole forme di sepoltura è la seguente:

a) tombe per l'inumazione in campo aperto	anni 10
b) tombe per l'inumazione in campo aperto, nel caso di interrimento delle ceneri in contenitori biodegradabili	1 anno
c) tombe per l'inumazione in campo aperto di urne	anni 25
d) tombe per l'inumazione in campo aperto di urne, nel caso di interrimento delle ceneri in contenitori biodegradabili	1 anno
e) loculo per feretro	anni 25
f) nicchia per urne	anni 25
g) tombe di famiglia/ sepolcri di famiglia /arcate	anni 90
2. Ai sensi delle norme del Regolamento di Polizia Mortuaria non è consentito procedere nella stessa sepoltura di una tomba in campo aperto ad una nuova inumazione prima della scadenza del periodo di rotazione. Il normale periodo di rotazione per le salme inumate in tombe in campo aperto è di dieci anni.¹⁸
3. Tutte le concessioni possono essere prorogate per dieci anni. Nel caso di mancata proroga di una concessione la relativa tomba sarà nuovamente a disposizione dell'amministrazione cimiteriale.
4. I titolari di concessioni saranno avvisati per iscritto ed in tempo utile della scadenza della concessione, a condizione che il loro recapito sia noto. La proroga definitiva della concessione avviene mediante il versamento del relativo canone.
5. Nel caso che i congiunti oppure il loro recapito non fossero noti, verrà pubblicato in modo adeguato un apposito avviso alle entrate del cimitero. Trascorsi sei mesi senza alcun cenno da parte di un congiunto la concessione relativa all'area di sepoltura sarà dichiarata scaduta d'ufficio.
6. Trascorsi 30 anni dall'ultima inumazione le relative proroghe di concessione saranno concesse solamente a parenti in linea retta o ai titolari della concessione residenti nel Comune ovvero ai loro eredi. A titolari non residenti nel Comune tale possibilità viene concessa solo in casi eccezionali e l'eventuale rifiuto non deve essere motivato.
7. La concessione si estingue per dismissione di una tomba. Questa avviene per rinuncia scritta, scadenza della concessione oppure in seguito ad un'esumazione o estumulazione.
8. Al momento della risistemazione della tomba le ossa eventualmente rinvenute saranno trasferite nell'ossario a cura del servizio cimiteriale. Le ceneri delle urne saranno depositate nel cinerario comune.

Cremazione

1. La volontà di voler essere cremato può essere espressa dalla persona interessata:
 - a) per iscritto presso l'ufficio dello stato civile del comune di residenza
 - b) disposto per testamento
 - c) attraverso l'iscrizione ad un'apposita associazione riconosciuta di cui all'art. 3, comma 2, lett. b) del D.P.P. 17.12.2012, n. 46.

2. In mancanza della disposizione testamentaria o di altra manifestazione di volontà espressamente riconducibile al defunto, vale la volontà del coniuge ovvero della coniuge ovvero la volontà del parente più prossimo ai sensi delle disposizioni provinciali. La volontà del coniuge o del parente più prossimo di cremare la persona defunta è manifestata tramite un'istanza di autorizzazione alla cremazione da far pervenire all'ufficio di stato civile del comune di decesso o del comune di ultima residenza del defunto. All'istanza si applica quanto previsto dall'art. 38 del Decreto del Presidente della Repubblica 28.12.2000, n. 445.
3. La manifestazione di volontà di cui al comma 1, lettera a) o la modifica della stessa viene comunicata dall'ufficio dello stato civile all'ufficio anagrafe il più presto possibile.
4. In caso di cambio di residenza all'interno della Provincia Autonoma di Bolzano l'ufficio anagrafe del comune di emigrazione comunica per iscritto all'ufficio anagrafe e all'ufficio di stato civile del comune di immigrazione se sussiste una manifestazione di volontà in merito alla cremazione. In caso di cambio di residenza in un comune che si trova al di fuori della Provincia Autonoma di Bolzano vigono le disposizioni che regolano la cremazione nel luogo di nuova residenza.
5. L'autorizzazione alla cremazione è rilasciata dal sindaco del comune di decesso nel rispetto della manifestazione di volontà di cui ai commi 1 e 2 e dopo l'acquisizione dei certificati di cui all'art. 3 comma 1 del D.P.P. 17.12.2012, n. 46. Il sindaco autorizza la cremazione in qualità di ufficiale dello stato civile.
6. In caso di insufficienza di aree dedicate alla sepoltura, il comune, trascorso il prescritto periodo di rotazione, autorizza la cremazione dei resti mortali delle salme inumate o tumulate, previo assenso dei parenti in base ai principi del codice civile o, in caso di disinteresse degli stessi, decorsi trenta giorni dalla pubblicazione dell'apposito avviso all'albo pretorio del comune, secondo le procedure previste per l'autorizzazione alla cremazione.

Destinazione delle ceneri

1. Le ceneri possono nel rispetto della volontà della persona defunta essere conservate o disperse.
2. Le modalità di conservazione delle ceneri ai sensi degli articoli 16 e 17 di questo regolamento sono in caso di mancanza di una manifestazione di volontà della persona defunta stabilite dai congiunti della stessa.
3. La dispersione delle ceneri è ammessa ai sensi dell'art. 411 c.p. solamente se sussiste una espressa manifestazione di volontà in tal senso da parte della persona defunta.

Conservazione delle ceneri tramite tumulazione in nicchie per urne cinerarie

1. In una nicchia cineraria è possibile la sepoltura anche di più urne, a condizione che vi sia sufficientemente spazio. Le persone defunte devono essere appartenute alla stessa famiglia o convivenza more uxorio.
2. Le nicchie cinerarie possono anche essere date in concessione per raccogliere ossa o eventuali resti da crematori in seguito ad eventuali esumazioni.
3. Ai sensi dell'art. 80 del D.P.R. 10.09.1990, n. 285 una nicchia è destinata a cinerario comune per la conservazione delle ceneri per le quali sia stata espressa la volontà del defunto di scegliere tale forma di perpetua conservazione dopo la cremazione oppure per le quali i familiari del defunto non abbiano provveduto ad altra destinazione.

Conservazione delle ceneri tramite inumazione

1. La tomba per l'inumazione in campo aperto di urne inclusa la bordatura e il monumento funerario ha le dimensioni di 60 cm x 60 cm. Lo spazio tra le tombe ammonta a 40 cm e l'urna dev'essere coperta da uno strato di terra di almeno 40 cm. Per l'allestimento della tomba si applica in quanto compatibile l'art. 13 del presente regolamento. Il canone di concessione per la sepoltura in una urna in una tomba per l'inumazione in campo aperto di urne corrisponde a quello dovuto per la sepoltura di urna in una nicchia per urne cinerarie.
2. L'urna sepolta in una comune tomba in campo aperto per feretri dev'essere coperta con uno strato di terra di almeno 40 cm. Il canone di concessione dovuto corrisponde a un multiplo di quello dovuto per la sepoltura di una salma in una tomba in campo aperto. La durata della concessione corrisponde a quella prevista per le tombe per l'inumazione in campo aperto di urne.²³ Questa tomba in campo aperto non è utilizzabile per la inumazione di salme per tutta la durata della concessione.
3. In una tomba per l'inumazione in campo aperto di urne e in una tomba per l'inumazione in campo aperto di feretri è possibile la sepoltura anche di più urne, a condizione che vi sia sufficientemente spazio. Le persone defunte devono essere appartenute alla stessa famiglia o convivenza more uxorio.

Conservazione delle ceneri tramite affidamento ad un soggetto affidatario

1. Qualunque persona, ente o associazione scelta liberamente dal defunto quand'era in vita può essere soggetto affidatario dell'urna cineraria.
2. L'ufficiale di stato civile del comune di ultima residenza della persona defunta autorizza la conservazione delle ceneri tramite affidamento dell'urna ad un soggetto affidatario, tenendo conto della volontà espressa dalla persona defunta quando questa era in vita.
3. L'ufficiale dello stato civile rilascia all'affidatario dell'urna un'autorizzazione, recante il nome ed il cognome della persona defunta e del soggetto affidatario, nonché la destinazione finale dell'urna cineraria. L'autorizzazione vale quale unico documento di accompagnamento per il trasporto delle ceneri. L'ufficiale dello stato civile del comune di residenza della persona defunta annota in un apposito registro i dati personali dell'affidatario e della persona defunta. Nel caso in cui il luogo di custodia dell'urna viene modificato l'affidatario ha l'obbligo di comunicare all'ufficiale dello stato civile del comune che ha disposto l'affidamento il nuovo indirizzo.
4. L'affidatario o i suoi eredi possono rinunciare all'affidamento dell'urna secondo le disposizioni di cui all'art. 6 del Decreto del Presidente della Provincia 17.12.2012, n. 46.

Dispersione delle ceneri

1. La dispersione delle ceneri è ammessa solamente in caso di sussistenza di un'espressa manifestazione di volontà in tal senso da parte della persona defunta e deve avvenire con le modalità scelte dalla persona defunta. Nel caso in cui la persona defunta non si sia espressa sulle modalità di dispersione delle ceneri oppure le modalità di dispersione scelte contrastino con le disposizioni vigenti, saranno le persone indicate all'art. 9, comma 2 della Legge provinciale 19.01.2012, n. 1 nell'ordine ivi indicato a scegliere le modalità di dispersione delle ceneri.
2. Al fine della dispersione delle ceneri dev'essere affidato ai sensi dell'art. 18 di questo regolamento il relativo contenitore alla persona che provvederà alla dispersione delle ceneri.
3. La dispersione delle ceneri dev'essere autorizzata dall'ufficiale dello stato civile del comune in cui avverrà la dispersione, tenendo conto del diritto di sepoltura di cui all'art. 5 di questo regolamento.

4. La dispersione delle ceneri è consentita all'interno del cimitero:
 - a) in aree a ciò appositamente destinate;
 - b) in una tomba in campo aperto mediante interrimento di un contenitore in materiale biodegradabile destinato ad accoglierle; il contenitore interrato dev'essere coperto con uno strato di terra di almeno 40 cm.
5. La dispersione delle ceneri tramite inumazione è sottoposto al pagamento di un canone di concessione, che è ridotto rispetto a quello dovuto per la sepoltura di una salma in una tomba in campo aperto. La tomba per l'inumazione in campo aperto utilizzata per la dispersione tramite interrimento di un contenitore delle ceneri sottosta ad un periodo di rotazione di 1 anno. Dopo la scadenza del periodo di rotazione la tomba per l'inumazione in campo aperto può essere nuovamente utilizzato per sepolture.
6. La dispersione è altresì consentita a distanza di almeno duecento metri da centri e insediamenti abitativi, così come definiti dalla normativa urbanistica²⁴, nei seguenti luoghi:
 - a) nei fiumi nei tratti liberi da natanti e manufatti;
 - b) nelle aree naturali appositamente individuate dai dalla giunta comunale;
 - c) nelle aree private, all'aperto, con il consenso dei proprietari. La dispersione in aree private non può dare luogo ad attività aventi fini di lucro.
7. L'ufficio di stato civile del comune in cui sono disperse le ceneri annota la destinazione finale dichiarata dal soggetto affidatario e ne dà comunicazione al comune che ha disposto l'affidamento.

Articolo 13: Tassa di concessione

Per diventare concessionario di un'area di sepoltura è dovuto all'amministrazione comunale, prima del rilascio della concessione, la tassa di concessione una tantum, la quale misura – secondo il tipo della tomba - viene determinata dalla Giunta comunale e può essere modificata in qualsiasi momento.

La base per la determinazione della tassa è costituita dalla tariffa per l'occupazione di suolo pubblico relativa alla categoria 1 di cui al vigente regolamento comunale. Le tasse sono suddivise come di seguito:

- a) Tassa di concessione per il cimitero comunale di Prato
 - tomba singola;
 - tomba familiare;
 - tomba familiare sotto le arcate;
- b) Tassa di concessione per il cimitero parrocchiale di Agumes
 - tomba singola;
 - tomba familiare;
 - tomba familiare nelle nicchie;
- c) Tassa di concessione per cinerari in entrambi i cimiteri.

Articolo 14: Avanti diritto della concessione

- a) Nelle sepolture di famiglia vengono sepolte i familiari (parenti) in linea retta (nonni, genitori, figli ecc.). Inoltre nelle sepolture di famiglia possono anche essere sepolte persone conviventi in relazione analoga al matrimonio.
- b) Il primo ad averne diritto alla conduzione (uso) della sepoltura di famiglia fino alla scadenza della concessione cimiteriale é l'erede dell'azienda o della casa paterna.

- c) Qualora lo stesso rinuncia, questo diritto passa a colui che verrà designato dagli eredi in linea retta. Qualora i familiari in linea retta si estinguono, non sono ammessi aventi diritto e la concessione si estingue.
 - d) Con la costituzione di una propria famiglia si estingue il diritto d'uso della sepoltura di famiglia. Eccezione ne è l'erede di cui al punto b).
 - e) Familiari in linea collaterale possono essere sepolti nelle sepolture di famiglia dietro autorizzazione per iscritto da parte dei concessionari.
 - f) Figli illegittimi vengono sepolti nella sepoltura di famiglia dei genitori della madre.
 - g) Qualora figli illegittimi vengano legittimati dopo il matrimonio, valgono le disposizioni di cui al punto a).
 - h) Gli affiliati e gli illegittimi possono essere sepolti nella sepoltura di famiglia dei genitori affilianti.
 - i) I figli adottivi vengono sepolti nella sepoltura di famiglia dei genitori adottivi.
 - j) I patrigni e le matrigne vengono sepolti nella sepoltura di famiglia a cui appartiene il podere nel quale il coniuge si è imparentato con matrimonio.
 - k) I figliastri sono sepolti nella sepoltura di famiglia del genitore dell'eredità assunta.
- Non è ammessa la trasmissione volontaria della concessione tra vivi.

Obblighi del titolare della concessione

1. Il titolare della concessione deve:
 - a) allestire la sepoltura in modo dignitoso entro un tempo ragionevole;
 - b) erigere un monumento funerario entro 12 mesi dalla sepoltura della salma, dell'urna oppure del contenitore delle ceneri;
 - c) mantenere la tomba in uno stato ordinato e dignitoso, curarla e provvedere alla manutenzione della stessa;
 - d) corrispondere il canone previsto per la concessione.

Articolo 15: Scadenza della concessione

Se alla scadenza della concessione cimiteriale dopo 20 anni la concessione non viene rinnovata pagando la tariffa prescritta in vigore, il diritto di utilizzazione della tomba – dopo sollecitazione iscritta - passa dal concessionario all'Amministrazione comunale.

Alla scadenza della concessione cimiteriale il cippo dovrà essere allontanato dai familiari entro un mese, altrimenti passerà in proprietà del Comune e sarà allontanato da esso d'ufficio.

All'estinzione della concessione cimiteriale all'ex-concessionario non spetta nessun'indennità.

Una soppressione del cimitero ufficialmente ordinata dalla competente autorità non dà il diritto al rimborso di eventuali spese. In caso di rinuncia alla concessione cimiteriale, non sarà rimborsata al concessionario, indipendentemente dall'uso, la tassa di concessione.

Articolo 16: Dovere di curare la tomba

Per la durata della concessione, il concessionario è tenuto a curare la tomba e l'ambito direttamente intorno alla tomba a sue esclusive spese e costi, secondo le norme del presente regolamento, degli obblighi imposti nell'atto di concessione nonché delle direttive disposte dal Sindaco e dalla commissione cimiteriale.

Se la commissione cimiteriale notasse che una tomba viene trascurata e abbandonata per un periodo più lungo (2anni), i congiunti vengono sollecitati per iscritto di rimuovere la situazione inconveniente. In caso di inerzia la concessione scade e il diritto alla tomba passa senza altri avvisi nel possesso dell'Amministrazione comunale.

Articolo 17: Tassa annuale cimiteriale

a) Per i servizi generali cimiteriali come la cura e la manutenzione ordinaria delle aree e degli impianti comuni i concessionari devono al Comune di Prato un canone annuo, la quale misura viene determinata dalla Giunta comunale e può essere modificata in qualsiasi momento.

Il canone viene fissato come di seguito:

- tassa annuale cimiteriale per il cimitero comunale di Prato
- tassa annuale cimiteriale per il cimitero parrocchiale di Agumes
- tassa annuale cimiteriale per loculi cinerari

b) In caso di mancato pagamento del canone annuo - malgrado sollecitazione - al concessionario sarà tolto il diritto di utilizzazione della tomba (ritiro della concessione). In tal caso il segno tombale deve essere rimosso dai superstiti entro un mese, altrimenti passa nel possesso dell'Amministrazione comunale, la quale dispone la rimozione e il ripristino.

Articolo 18: Struttura delle tombe – dimensione/misure/superficie delle tombe sotto terra

profondità minima: 2 metri;

distanze delle fosse tra l'una e l'altra: almeno 0,50 metri da ogni lato.

a) sepolture individuali – tombe singole

- Larghezza 0,80 metri;
- Lunghezza 2,20 metri;

In tali fosse può essere accolto fino della scadenza del termine legale di rotazione (10 anni) un solo cadavere.

b) sepolture di famiglia - tombe di famiglia:

- Larghezza 1,60 metri;
- Lunghezza 2,20 metri;

Il seppellimento delle casse avviene partendo dalla parte sinistra verso destra.

In casi di dubbio l'ultima decisione spetta al Sindaco.

Articolo 19: Dimensioni delle tombe – superficie delle tombe sopra terra

Le dimensioni del sepolcro sopra terra non potranno superare le seguenti misure:

a) sepolture individuali – tombe singole

- Larghezza 0,80 metri;
- Lunghezza 1,30 metri;

b) sepolture di famiglia - tombe di famiglia:

- Larghezza 1,30 metri;

- Lunghezza 1,30 metri;

Le tombe già esistenti nei cimiteri restano così com'erano fino ad oggi, come anche le lapidi e le croci già esistenti.

CONDIZIONI PARTICOLARI:

Quando per mancanza di posto occorrono nuovi luoghi di sepoltura, allora vengono occupate quelle tombe nelle quali per il più lungo tempo non è stata eseguita seppellimento, per i quali non esistono più parenti, o i parenti dei quali sono emigrati definitivamente da Prato e Agumes.

Cimitero parrocchiale di Agumes:

In caso di cessione di una tomba situata direttamente presso il muro della chiesa non si può erigere una nuova sepoltura in tale posto.

Cimitero comunale di Prato:

Sepulture di famiglia (nelle fila 11, al muro di cinta del cimitero e sotto le arcate): D'accordo con il concessionario, le esistenti sepulture di famiglia (che oggi hanno una larghezza fino m 2,40, sotto le arcate fino m 3,60) possono anche essere divisi e trasformati in sepulture individuali o sepulture di famiglia più stretti, tenuto conto del fabbisogno di aree di inumazione del cimitero comunale. In questo caso per le nuove sepulture va inoltrata una richiesta di nuova concessione.

In caso di assegnazione del nuovo sepolcro la preferenza verrà data ai congiunti del sepolcro diviso.

Articolo 20: Obbligo d'autorizzazione per Monumenti sepolcrali

Su ogni sepolcro dovrà essere costruito un monumento sepolcrale; per questo è necessario un'autorizzazione da parte del Sindaco sentito il parere della commissione cimiteriale.

Prima della costruzione di un tale monumento si deve inoltrare una relativa domanda scritta al Comune. Alla domanda dovranno essere allegati un disegno del monumento dal quale risultano l'aspetto accurato e le dimensioni del cippo e una breve descrizione con indicazione del materiale usato, dell'epigrafe e della modalità di realizzazione prevista.

La costruzione del cippo sepolcrale non potrà avvenire prima che la commissione cimiteriale abbia approvato il progetto presentato del cippo. L'autorizzazione per la costruzione del monumento sepolcrale sarà rilasciata per iscritto.

Il monumento sepolcrale deve essere eretto entro 3 anni a partire dalla data del seppellimento.

Qualora il cippo sia stato eretto senza l'autorizzazione oppure costruito in modo diverso da quello approvato, lo stesso può essere tolto d'ufficio in ogni momento, a spese del committente - dopo che l'interessato sia stato avvisato dalla commissione cimiteriale per iscritto.

Eventuali cambiamenti e variazioni di cippi esistenti possono essere eseguiti soltanto con l'autorizzazione scritta della commissione cimiteriale.

Il termine per la costruzione del cippo dovrà essere comunicato al comune (all'assessore delegato dal Sindaco/al custode cimiteriale).

Articolo 21: Criteri di massima per la progettazione e l'esecuzione di cippi sepolcrali

Tenendo conto di tutte le possibili variazioni ed auspicabili individualità dei sepolcri è desiderabile una certa omogeneità dei cimiteri. A tale scopo servono le seguenti direttive della commissione cimiteriale:

I materiali di costruzione potranno essere di legno, di pietra locale oppure di metallo. Sono da preferire assolutamente i materiali di provenienza locale (marmo ecc.) e le croci in ferro battuto.

a) Cippi sepolcrali di marmo o pietra naturale

E' consentito l'uso esclusivamente di marmo o pietra locale. Essa deve consistere in un maso unico lavorato artigianalmente in ogni sua parte. In ogni caso è vietato di coprire la tomba di una lastra di marmo.

Dimensioni massimali del cippo sepolcrale:

- larghezza: 0,70 m (sepolcro di famiglia m 1,20, sepolcro di famiglia esistenti nelle fila 11, sul/al muro di cinta del cimitero m 2,00)
- altezza: 1,30 m (dal terreno, compresa la suola)

Lo spessore della lapide deve essere di 10-20 cm.

b) Cippi sepolcrali di metallo

E' ammessa ogni opera artigianale di ferro battuto. Viene sollecitato di far risanare a regola d'arte le croci invecchiate. La suola dovrà essere di pietra viva.

Dimensioni massimali del cippo sepolcrale:

- larghezza: 0,70 m
- altezza: 1,50 m (dal terreno, compresa la suola)

c) Cippi sepolcrali di legno

Saranno approvate soltanto se si tratta di una solida opera artigianale. La scritta dovrà essere scalfitta, in rilievo oppure scavata. Non è ammessa la verniciatura di colori, invece il legno dovrà essere pitturato ogni tanto con una vernice protettiva. Sono vietate le pensiline di una profondità di oltre 20 cm.

Dimensioni massimali del cippo sepolcrale:

- larghezza: 0,70 m
- altezza: 1,30 m (dal terreno, compresa la suola)

Tutti i cippi sepolcrali dovranno essere montati su un banco di cemento di colata oppure su una suola sepolcrale.

Dimensioni massimali della suola sepolcrale:

- larghezza: 0,70 m
- spessore/profondità 0,20 m
- altezza: 0,50 m (dal suolo)

Le suole potranno riportare l'epigrafe.

Tutti i sepolcri devono essere dotati di una cinta (un bordo) non superiore di 10 cm, la quale deve concordare con forma e struttura (materiale) dell'intero sepolcro. Questo non vale per i sepolcri siti sulla parte erbosa del cimitero di Agumes.

È consigliato di far lavorare anche la parte posteriore dei cippi isolati.

Epigrafi e cippi dovranno concordare tra di loro sotto ogni aspetto. L'applicazione di fotografie colorate non è gradita. E' vietata l'applicazione di rilievi oppure di figure di materiali eterogenei, e ciò per tutti i materiali consentiti.

CONDIZIONI PARTICOLARI:

Cimitero parrocchiale di Agumes:

Sul cimitero di Agumes –rispettando il carattere tipico del cimitero- sono ammessi soltanto cippi sepolcrali di metallo per tutti i sepolcri isolati. Per i sepolcri situati presso il muro di cinta del cimitero o nelle nicchie è consigliato di adattare i cippi nuovi a quelli dei sepolcri esistenti.

Cimitero comunale di Prato:

Per i sepolcri situati sotto le arcate è consigliato di adattare i cippi nuovi a quelli dei sepolcri esistenti.

Articolo 22: Repertorio cimiteriale

L'amministrazione comunale ai sensi dell'art. 52 del Reg. Polizia mortuaria tiene un registro in duplice copia vidimato dal Sindaco. In tali registri vengono iscritti i seguenti dati:

- a) nome e cognome del defunto;
- b) Età, data e luogo di nascita;
- c) Data e ora del seppellimento;
- d) Bolletta di seppellimento / numero progressivo
- e) Numero della fossa (e della fila)
- f) nome del concessionario ev. curatore della tomba
- g) scadenza oppure rinnovo della concessione
- h) tipo della tomba (singola/familiare)

Ugualmente sono da iscriverne le indicazioni di cui all'art. 52, 2° comma, lettere c) e d) del regolamento di polizia mortuaria.

Un esemplare del registro, ai sensi dell'art. 53, 2° comma R.P.M., deve essere consegnato ogni fine anno all'archivio comunale.

Articolo 23: Rito del funerale

Sul rito funebre (civile, religioso etc.) decidono i prossimi familiari del defunto, in caso che il defunto non avesse lasciato una disposizione relativa.

Il custode cimiteriale dovrà essere avvisato in anticipo sulla forma prescelta.

La concessione oppure il rifiuto di un funerale religione, come anche il rito ed il tipo di seppellimento, saranno disposti esclusivamente e in ogni caso dall'autorità ecclesiastica sulla base delle norme di diritto ecclesiastico.

Articolo 24: Smaltimento dei rifiuti

Per rifiuti biologici (corone, fiori secchi..) e per gli altri rifiuti (candele, vetro, metallo etc.) è prevista la raccolta differenziata in appositi contenitori, messi a disposizione dal Comune. Questi saranno collocati negli appositi vani di servizio e contrassegnati con apposita segnaletica.

Articolo 25: Divieti - Disciplina nel cimitero

Nell'ambito cimiteriale sono interdette le azioni che non si addicono alla dignità del luogo, quali ad esempio schiamazzare, fumare, giocare, telefonare, rimuovere altrui fiori, piante, corone, candele ed altro di altrui proprietà, calpestare o danneggiare aiuole, scrivere su lapidi, muri ed impianti cimiteriali, disturbare i visitatori, tenere manifestazioni non funebri, distribuire volantini d'ogni sorta, chiedere elemosina o fare questue, introdurre animali, inoltre è vietato l'accesso ai minori di anni 6 non accompagnati da persone adulte, alle persone in stato di ubriachezza e vestiti in modo indecoroso.

Art. 26: Orario di visita

I cimiteri sono aperti al pubblico secondo l'orario fissato, per stagioni, sentita la commissione cimiteriale, dal Sindaco ed affisso all'ingresso.

La visita ai cimiteri fuori orario è subordinata al permesso speciale del Sindaco.

Articolo 27: Sanzioni

Salva l'applicazione delle sanzioni penali per i fatti costituenti reato, la violazione delle disposizioni del presente regolamento, è soggetta a sanzione amministrativa pecuniaria a norma degli art. 338, 339, 340 e 358 del T.U. delle leggi sanitarie, approvato con R.D. 27.07.1934, n. 1265, come modificati con l'art. 3 della legge 12 luglio 1961, n. 603 ed ai sensi degli artt. 32 e 113 della legge 24 novembre 1981, n. 689.

Sanzioni

1. In caso di inosservanza delle disposizioni del presente regolamento cimiteriale al trasgressore sarà inflitta una sanzione pecuniaria da 100 euro a 600 euro, fatte salve le conseguenze di diritto civile e penale.
2. Il mancato pagamento del canone di concessione, in seguito ad apposito sollecito scritto, comporta la decadenza dal diritto di utilizzo della tomba ai sensi del Regolamento di Polizia Mortuaria e l'amministrazione cimiteriale potrà disporre della tomba.
3. Nel caso in cui la tomba non venga curata in modo adeguato, potrà essere revocata la concessione previa contestazione.
4. Nel caso in cui la tomba sia in stato di completa desolazione e i congiunti oppure il loro recapito non fossero noti, verrà pubblicato in modo adeguato un apposito avviso alle entrate del cimitero. Trascorsi sei mesi senza alcun cenno da parte di un congiunto la concessione potrà essere revocata.

Articolo 28: Entrata in vigore del regolamento

Il presente regolamento cimiteriale entra in vigore a decorrere dalla data di esecutività della deliberazione di approvazione ai sensi dell'art. 2, comma 1, della L.R. 22/12/2004, n. 7 e sostituisce tutte le disposizioni precedenti.

Per tutto ciò che non é previsto nel presente regolamento resta fermo il vigente regolamento di polizia mortuaria, approvato con D.P.R. del 10.09.1990, n. 285, come anche le altre disposizioni di legge in materia.

Articolo 29: Norme finali

Il presente regolamento cimiteriale verrà portato a conoscenza a tutti i cittadini del Comune di Prato allo Stelvio. Il Segretario comunale ne dispone, per mezzo degli uffici comunali, la pubblicazione secondo quanto prescritto dallo Statuto.
